

Der Weg in eine gesicherte Zukunft

Beschlossen vom Bundesausschuß der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
am 12. Juni 1978 in Bonn

INHALT:

Seite

Ausgangslage und Rahmenbedingungen	2
1. Mangel an Zuversicht und Perspektiven	2
2. Bedrohte Zukunft	2
3. Gegenwartsprobleme blockieren die Zukunft	4
4. Die geistigen Perspektiven der Zukunft gewinnen	6
5. Ökonomische und soziale Zielkonflikte	7
Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend	9
1. Vorrang für die Familie	10
2. Mut zur Erziehung	12
3. Bildung und Beruf	14
4. Chancengleichheit für die Stiefkinder der Reformen	17
5. Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung	19

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die politischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft können bestanden werden mit dem Willen zu geistiger Führung und dem Mut zu zukunftsorientiertem politischem Handeln. Vor allem ist es erforderlich, die richtige Gewichtung zwischen den Bedürfnissen der Gegenwart und den Erfordernissen der Zukunft in Politik und Gesellschaft wiederherzustellen. Die CDU ist bereit, die Zeichen zu setzen für einen neuen Anfang.

1. Mangel an Zuversicht und Perspektiven

Die Ziel- und Hilflosigkeit sozial-liberaler Politik hat den Bürgern die Zuversicht genommen. Fehlende Lösungskompetenz der Bundesregierung bei zentralen politischen Problemen — der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Ausbildungsengpässe, der Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität, der Einigung Europas und der Stärkung des westlichen Bündnisses — führen zu einer Stimmung der Resignation. Die Enttäuschung übersteigter Hoffnungen und Erwartungen nach dem Scheitern der von SPD und FDP verheißenen inneren Reformen droht auch notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt und Reform mit Augenmaß in Mißkredit zu bringen. Die gegenwärtige politische Führung unseres Landes erzeugt ein geistiges Klima, in dem Stillstand bereits als Erfolg und die notdürftige Reparatur selbstverschuldeter Fehlentwicklungen als Politik gilt.

2. Bedrohte Zukunft

Nur ein Jahr nach der Bundestagswahl 1976 belegten Umfragen bedeutender Meinungsforschungsinstitute:

— Die Zukunftserwartungen der Bevölkerung in der Bundesrepublik sind geringer als während der Korea-Krise.

— 60 % der Bürger glauben, das Leben werde in Zukunft immer schwerer. Selbst auf dem Höhepunkt des Konjunktureinbruchs 1967 glaubten dies nur 37 %.

Dieser Pessimismus ist die Antwort der Bevölkerung auf eine Politik der SPD/FDP-Koalition, die schwerwiegende gesamtstaatliche Probleme zu verantworten hat und hilflos Entwicklungen gegenübersteht, die unübersehbar unsere Zukunft bedrohen:

— Die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Koalition hat zu einem dramatischen und international beispiellosen Rückgang der Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Für die Jahre 1971 bis 1978 ergibt sich im Vergleich zum

durchschnittlichen Investitionsniveau der Jahre 1960 bis 1970 eine Investitionslücke von knapp 300 Milliarden DM.

— Die fehlenden Investitionen führten zu Arbeitsplatzverlusten in Millionenhöhe. Allein für die Jahre 1973 bis 1976 beziffert der Sachverständigenrat den Verlust an Arbeitsplätzen auf fast 800 000.

— Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Land mit der niedrigsten Geburtenziffer in der Welt geworden. Von 1964 bis heute hat sich die Zahl der lebend geborenen deutschen Kinder halbiert. Daraus folgt für viele Jahrzehnte, daß die Bevölkerung altert, der Anteil der Erwerbstätigen laufend abnimmt und der Generationenvertrag, der die soziale Alterssicherung verbürgt, aus dem Gleichgewicht gerät.

— Ohne Steigerung der Geburtenrate werden im Jahre 2030 fünf Beitragszahler die Rente für vier Rentner verdienen müssen. Dies wird zu einer erheblichen Kürzung der Renten oder zur Anhebung der Beitragssätze in der Rentenversicherung — unter Umständen bis zur Verdoppelung der heute gültigen 18 % — führen.

— Die Familie ist in eine schwere Krise geraten: Das Verhältnis von Eheschließungen zu Scheidungen betrug 1955 — 10 : 1, 1975 — 3,5 : 1. Allein von Beginn 1970 bis 1974 wurden rund 480 000 minderjährige Kinder von Ehescheidungen betroffen.

— Die einseitig an Abitur und Hochschule ausgerichtete Bildungspolitik von SPD und FDP hat die junge Generation statt zur Chancengerechtigkeit in die Sackgasse geführt: Die geplante Abiturientenlawine hat die Hochschulen und den Arbeitsmarkt überschwemmt. Statt Aufstiegschancen herrschen an den Hochschulen Aufnahmebeschränkungen, und auf dem Arbeitsmarkt droht Akademikerarbeitslosigkeit.

— Im Zuge dieser verfehlten Bildungspolitik gerieten berufliche Bildung, Hauptschule und die Ausbildung behinderter und benachteiligter Jugendlicher immer mehr in Rückstand. Zwischen 1976 und 1980 müssen für die geburtenstarken Jahrgänge über 200 000 Plätze in der beruflichen Ausbildung neu geschaffen werden. Ein Fünftel aller Hauptschüler wird durch einen fehlenden Schulabschluß in seiner Ausbildungschance bedroht. Ebenso wie Sonderschüler und ausländische Jugendliche laufen sie Gefahr, zuerst Opfer des Ausbildungs- und Arbeitsplatzmangels zu werden.

Diese ungelösten Probleme wecken Zweifel, ob in Zukunft noch Freiheit und Sicherheit aller Bürger garantiert werden. Damit droht auf die Dauer eine Gefährdung der politischen Stabilität unserer Gesellschaft.

3. Gegenwartsprobleme blockieren die Zukunft

Der Problemberg, der unsere Zukunft bedroht, ist keineswegs die Folge einer zufälligen Entwicklung. Die demokratische Staatsform wird zwar der Würde und Freiheit des Menschen am besten gerecht. Sie vermag zudem besser als andere Staatsformen den Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen. Aber parlamentarische Demokratien laufen andererseits auch Gefahr, vorrangig auf die Probleme des Alltags fixiert zu sein. Dies ist die Konsequenz der Orientierung von politischem Handeln an Wahlterminen und an kurzfristig erreichbaren Mehrheiten.

Die Politik der SPD und die ideologischen Grundlagen, auf denen sie aufbaut, haben zu einer unerträglichen Verschärfung dieser Problematik geführt. Für die SPD hat auch heute noch die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital politischen Vorrang. Während sich die Sozialdemokraten aktuellen Verteilungskonflikten widmen, zeigen sie sich blind für die Gefahr, daß mächtige Organisationen, die die Belange von Kapital und Arbeit vertreten, sich gemeinsam über die Interessen künftiger Generationen hinwegsetzen könnten und daß ihre Politik diese Entwicklung beschleunigt.

Die Ansprüche der Gegenwart beherrschen gebieterisch die politische Szene. Die Balance zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört, der Zukunftsbedarf unserer Gesellschaft wird systematisch unterschätzt. Die Notwendigkeit, für die Zukunft vorzusorgen, hat zugenommen — die Bereitschaft und Fähigkeit dazu haben abgenommen:

— Besonders Selbständige und freie Unternehmer sind von ihrer Aufgabenstellung her Träger der Zukunft: Sie investieren in der Gegenwart, um in der Zukunft zu ernten. Der Wandel zur Arbeitnehmergesellschaft und die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft verringern ihre Zahl jedoch zwangsläufig. Die Politik der letzten Jahre hat diese Entwicklung unnötig beschleunigt. Die Verteufelung freier Unternehmer und die unerträgliche Belastung des Mittelstandes ließen die Zahl der Selbständigen überproportional sinken. Noch stärker — allein von 1976 bis 1977 um fast 100 000 — nahm die Zahl derer ab, die sich in Zukunft selbständig machen wollen; von 1962 bis 1976 ist sie gar um 60 % gesunken: Ein untrügliches Zeichen für die schwindende Bereitschaft, die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

— Auch bei den unselbständig Tätigen nimmt der Wille zur Mehrleistung ab, wenn die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben immer höher geschraubt wird.

— Die Innovation und Produktion wichtiger Zukunftsgüter bedarf der Initiative und Förderung des Staates. Dies gilt z. B. für den Ausbau der Infrastruktur oder

die Entwicklung der Raumfahrt. Derartige Leistungen erfordern einen weiten Zeithorizont. Die Handlungsfähigkeit des Staates für diese Aufgaben wird aber dadurch eingeschränkt, daß er zunehmend gezwungen wird, die Konsumquote zu Lasten der Investitionsquote zu erhöhen. Er verliert damit in gleichem Maße an Handlungsstärke und Durchsetzungskraft, indem er quantitativ seine Zuständigkeit ausdehnt.

— Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in unsere eigene Zukunft. Forschung heute schafft neue Technologien morgen und neue Arbeitsplätze übermorgen. Die Stagnation in unserer Wirtschaft ist auch darauf zurückzuführen, daß in wichtigen Bereichen seit Jahren neue Innovationsschübe ausbleiben. Bürokratisierung und pseudodemokratische Organisationsformen anstelle sachgerechter Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Hochschulgruppen belasten die Arbeitskraft der Wissenschaftler und schwächen die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Die zunehmende Bürokratisierung staatlicher Forschungsförderung für die Wirtschaft lähmt den technologischen Fortschritt vor allem in mittelständischen Betrieben.

— Das Netz der sozialen Sicherung wurde mit Hilfe der großen Solidargemeinschaft und in Form staatlicher Umverteilung immer weiter gespannt und immer dichter geknüpft. Es hat damit auch die notwendige Nachfolge der Vorsorge durch natürliche soziale Gemeinschaft (Großfamilie) angetreten. Diese Entwicklung hat vielen Menschen mehr Sicherheit und mehr Freiheit gebracht. Zugleich hat sie jedoch das Bewußtsein dafür geschwächt, daß soziale Sicherheit letztlich vom eigenen Verhalten und von der eigenen Vorsorge abhängt.

— Es ist in unserer Gesellschaft üblich geworden, eigennützige, materialistische und kurzfristige Ziele und Erfolge anzustreben. Mit dem schwindenden Bewußtsein, daß der Mensch nicht nur sich selbst und nicht nur in diesem Leben verantwortlich ist, nimmt die Bereitschaft ab, sich für andere und insbesondere für die nachwachsende Generation einzusetzen. Daher sind bislang auch die schwerwiegenden Probleme weitgehend unbeachtet geblieben, die die rückläufige Tendenz der Bevölkerungsentwicklung für die Funktionsfähigkeit des Generationenvertrages im System der sozialen Sicherung und für die wirtschaftliche Struktur unseres Landes aufwirft.

— Schließlich hat die ältere Generation es nicht in ausreichendem Maße vermocht, der jüngeren Generation jene Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen zu vermitteln, auf denen unsere Gesellschafts- und Staatsordnung beruht. Dieses Wertbewußtsein ist eine fundamentale Voraussetzung für den Fortbestand unserer Demokratie und den notwendigen Grundkonsens aller Demokraten.

Diese Entwicklungen tragen dazu bei, daß sich unsere Gesellschaft ihre eigene Zukunft verbaut.

In der Wiederherstellung der richtigen Gewichtung der Gegenwart und Zukunft, in der Durchsetzung einer zukunftsbewußten Politik, einer stärkeren Ausrichtung der Interessen und des Handelns der Menschen auf die Zukunft sieht die CDU daher eine zentrale politische Aufgabe.

4. Die geistigen Perspektiven der Zukunft gewinnen

Wenn wir die Zukunftschancen der Jugend sichern wollen, dürfen wir nicht bei ihren materiellen Voraussetzungen — Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mehr Ausbildungsplätze, bessere Erziehung und solide soziale Sicherung — haltmachen. Es wäre eine verkürzte Lebensauffassung, die Zukunftschancen der jungen Generation ausschließlich unter materiellem Aspekt zu betrachten.

Ausbildung, Beruf und Einkommen sind zwar entscheidende Grundlagen menschlicher Existenz, sie geben aber dieser Existenz noch keinen Sinn und füllen sie nicht aus. Politische Diskussion darf daher nicht materialistischen Denkansätzen erliegen: alles für machbar, herstellbar und zuteilbar zu halten — auch menschliches Glück.

Es ist das Kennzeichen sozialistischer Ideologie, Staat und Politik zum Garanten des menschlichen Glücks zu machen. Die politischen Vorstellungen von Sinnerfüllung, Glück und Selbstverwirklichung werden damit reduziert auf Dinge, die vom Staat und mit den Mitteln der Politik herstellbar und zuteilbar sind. Dies sind aber in der Regel nur solche Güter, deren Wert — zumindest deren Herstellungswert — in Geld gemessen werden kann.

Das geistige Klima unseres Landes ist von derartigen sozialistischen Irrtümern nicht unbeeinflußt geblieben. Personale Werte wie Treue, Einsatzbereitschaft, Idealismus, Opferbereitschaft, Nächstenliebe, Pflichtbewußtsein und die selbstverständliche Liebe zum Vaterland wurden — nicht zuletzt durch den Mangel an Vorbildern und die Vernachlässigung der Erziehung — in Frage gestellt. Um so wichtiger ist es, die junge Generation in ihrer Rückbesinnung auf diese Tugenden zu unterstützen; ihr Verlust müßte eine humane Zukunft unserer Gesellschaft aufs schwerste beeinträchtigen.

Politik ist nicht nur für die Dinge zuständig, die sich mit mehr Staat, mehr Steuern, mit Geld, Gesetzen und Organisation herstellen lassen. Politik ist auch dafür verantwortlich, daß es in unserem Land möglich ist, frei und eigenverantwortlich

ein sinnerfülltes Leben zu führen. Dazu brauchen wir weder mehr Geld, noch mehr Gesetze, noch mehr Beamte.

Wir brauchen statt dessen ein geistig-moralisches Klima, in dem Werte wieder etwas gelten. Wir brauchen die Einsicht, daß Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur als Anspruch, sondern auch als Auftrag und Pflicht für den einzelnen wie für die Gemeinschaft zu verstehen sind. Wir brauchen Chancen für die junge Generation, die nicht eingeeengt sind auf den ökonomisch-beruflichen Bereich, sondern die auch im sozialen, religiösen und kulturellen Feld privater Bereitschaft und Tatkraft zur Entfaltung verhelfen.

Ziel der CDU ist es, die grundlegende Übereinstimmung in Gesellschaft und Politik wiederherzustellen, die mehr als zwei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg bestimmend war für die Wertvorstellungen über die Würde und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, über die Bedeutung von Ehe und Familie und über die Pflicht der staatlichen Gemeinschaft zu ihrem Schutz, über den Auftrag von Erziehung in Familie und Schule, über die Rechte und Pflichten des einzelnen Bürgers im demokratischen Rechtsstaat und über die Grundlagen einer freien und sozialen Wirtschaftsordnung. Mit dem Grundsatzprogramm, das sie auf ihrem 26. Bundesparteitag im Oktober 1978 verabschieden wird, leistet die CDU ihren Beitrag, um dieses Ziel zu erreichen.

5. Ökonomische und soziale Zielkonflikte

Die Sicherung der Zukunftschancen für die jetzige und künftige Generation erfordert die Bewältigung der Probleme und Gefahren, die sich

- für den einzelnen Menschen aus der technologischen Entwicklung und aus dem Rationalisierungszwang in der gesamten Arbeitswelt und
- für die ökonomische Zukunft unseres Landes aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung

ergeben. Dazu bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die die Fähigkeit der Wirtschaft stärkt, sich neuen Entwicklungen anzupassen und sie sozial erträglich zu gestalten.

Insbesondere sind die Zielkonflikte aufzulösen, die durch das Spannungsverhältnis zwischen technologisch Machbarem und dem Wunsch nach menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, durch die zunehmende Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft und durch die von Rationalisierungszwängen ausgelösten Übergangsprobleme verursacht werden:

— Organisation und Technik werden künftig in noch stärkerem Maße als bisher das Leben des Menschen prägen. Daher gilt es, langfristig sicherzustellen, daß Technik und wissenschaftliche Entwicklung dem Menschen dienen und nützen statt ihn zu beherrschen. Nicht der Mensch soll sich technischen Zwängen unterordnen, sondern die Technik muß den Bedürfnissen der Menschen angepaßt werden. Zudem wird künftig sorgfältiger zu prüfen sein, ob technische Systeme der menschlichen Leistung, die sie ersetzen sollen, tatsächlich gleichwertig sind: Ein noch so reichhaltiges technisches Kommunikationsangebot kann weder zwischenmenschlichen Kontakt noch gar elterliche Zuwendungen ersetzen. Auch das Verhältnis zwischen Arzt und Patient oder zwischen Lehrern und Schülern kann nicht ohne Schaden unbegrenzt durch technische Geräte mediatisiert werden. Technik muß Hilfsmittel des Menschen bleiben; sie ist kein Ersatz für soziale Phantasie und menschliche Leistung.

— In der Weltwirtschaft wird sich in zunehmend stärkerem Maße das Prinzip der Arbeitsteilung durchsetzen. Ein als ökonomische Existenzgrundlage für unser Land ausreichendes Wirtschaftswachstum und das Ziel der Vollbeschäftigung sind deshalb auf längere Sicht nur zu erreichen, wenn die Bundesrepublik eine hervorragende Position am Weltmarkt langfristig absichern kann. Zu hohe Produktionskosten im Vergleich zu anderen Ländern, knapper oder teurer werdende Energieträger und Rohstoffe und die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen erfordern einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Außenhandel wird sich unser Land in Zukunft nur dann behaupten können, wenn es seinen traditionell guten Markt im Export technisch hochwertiger Güter zu erhalten und auszubauen vermag.

— Beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der Dritten Welt liegt es auch in unserem eigenen Interesse, ihre Entwicklung so zu fördern, daß sie in zunehmendem Maße in die Weltwirtschaft integriert werden. Die Länder der Dritten Welt fordern zu Recht die Überwindung des Wohlstandsgefälles zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern. Die in diese Perspektiven eingeschlossenen Probleme und Konfliktmöglichkeiten sind nicht allein mit Geld, technischer Hilfe und hochwertigen Produkten zu bewältigen. Gefordert wird vielmehr menschlicher Einsatz: Benötigt werden Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Chemiker, Agrarwissenschaftler und Facharbeiter aus vielen Sparten. Um ihre Armut zu überwinden und handlungsfähige Partner der Industrienationen zu werden, sind die Länder der Dritten Welt auf das Können und Wissen, auf Verantwortungsbereitschaft und Idealismus, insbesondere der jungen Generation in den Industrienationen, angewiesen. Hier eröffnet sich ein weites Feld interessanter beruflicher Chancen, die Kreativität und Leistungsbereitschaft junger Menschen herausfordern.

— Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung gerecht wird, muß den Prozeß der Modernisierung und des Strukturwandels mit allen marktkonformen Mitteln unterstützen. Rationalisierungsmaßnahmen sind auch in Zukunft unvermeidbar, wenn unser Land wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben soll. Ihr Ziel muß es zugleich sein, die Zahl der insgesamt zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, ihre Qualität zu erhalten und zu verbessern. Dabei ist es Aufgabe sowohl der Wirtschaft als auch des Staates, unzumutbare Belastungen als Folge unumgänglicher Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt für die jeweils betroffenen Arbeitnehmer auszuschließen. Die Arbeitnehmer müssen in zunehmendem Maße bereit sein, durch Teilnahme an geeigneten Bildungsmaßnahmen und durch erhöhte Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel sich den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen.

Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend

Die Zukunftschancen der Jugend zu sichern, bedeutet mehr als die Bewältigung herkömmlicher Bildungsprobleme. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Familien- und Jugendpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik Verantwortlichen, um das ganze Ausmaß der hier anstehenden Aufgaben zu meistern.

Entscheidend für die Sicherung der Zukunftschancen der Jugend ist es, zu einem hohen Maß an politischer Gemeinsamkeit in unserem Land zurückzufinden. Wir brauchen:

— Solidarität statt Gegeneinander und Klassenkampf in Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Die Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, die die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft bietet. Die Bereitschaft zu Maßhalten und persönlichem Opfer muß auch zwischen den Generationen wirksam werden, um wirtschaftliche und soziale Sicherung für alle zu gewährleisten.

— Eine Politik und eine gesellschaftliche Bewußtseinsänderung, die den inneren Zusammenhalt der Familie stützen, die Existenzmöglichkeit und Entfaltungschancen auch für Familien mit Kindern eröffnen: Kinderreichtum darf nicht länger neues Kennzeichen von Armut sein.

— Die Rückkehr zu einer breiten politischen Übereinstimmung in der Bildungs- und Jugendpolitik. Dies erfordert vor allem den Verzicht auf alle Versuche, mit Hilfe von Kindergarten, Schule und Hochschule Menschen für ein neues Gesell-

schaftssystem formen zu wollen. Erziehung und Ausbildung junger Menschen ist Auftrag der Schule, unterschiedliche Begabungen und Neigungen müssen Maßstab ihrer Organisation sein.

— Eine Abstimmung zwischen Bildungsangebot und den Anforderungen der Berufswelt, die jungen Menschen Berufs- und Lebenschancen eröffnet, statt sie in Sackgassen und Arbeitslosigkeit zu führen.

— Eine Jugendpolitik, die den Jugendlichen auch außerhalb des Bildungssystems Wege zur Verantwortung und Selbständigkeit weist.

In ihrem Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands Maßnahmen aufgezeigt, die sie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Rückgewinnung wirtschaftlicher Stabilität für erforderlich hält. Um die Zukunftschancen der Jugend wirksam zu sichern, fordert die CDU darüber hinaus durchgreifende Kurskorrekturen in der Familien-, Bildungs- und Jugendpolitik. Ihre Schwerpunkte sollen hier exemplarisch dargelegt werden:

1. Vorrang für die Familie

Die Familie ist Ausgangspunkt und Grundlage für die freie Entfaltung des jungen Menschen. Sie prägt das Kind von seinem ersten Lebenstage an. Wie der Jugendliche die Chancen des Lebens nutzt und dessen Risiken bewältigt, hängt auch davon ab, welche Erfahrungen er in seiner Familie gemacht hat. Wieviel Menschlichkeit und Geborgenheit in einer Gesellschaft vorhanden sind, wird auch davon bestimmt, ob Kinder mit Liebe angenommen und erzogen werden.

Der Jugend eine hoffnungsvolle Zukunft zu eröffnen heißt daher, die Voraussetzungen für Geborgenheit in der Familie zu verwirklichen. Die CDU sieht darin eine zentrale Aufgabe ihrer Politik

Ziel der CDU ist es, die Familie als grundgesetzlich geschützten Freiheitsraum privater Lebensgestaltung zu stärken, statt sie für die Gesellschaft total verfügbar zu machen. Nicht die Familie hat ihre fortwährende gesellschaftliche Nützlichkeit zu beweisen, sondern die gesellschaftlichen Einflüsse sind vom Staat darauf zu überprüfen, ob sie die Familie beeinträchtigen. Größere Zukunftschancen durch eine bessere Familienpolitik heißt für uns:

— Der staatliche Schutz der Familie muß die Sicherung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen einschließen. Familienpolitik hat dafür Sorge zu

tragen, daß jede Familie Kinder haben kann, ohne unerträglichen wirtschaftlichen Belastungen oder der Gefahr des sozialen Abstiegs ausgesetzt zu sein. Dazu sind die Dynamisierung des Kindergeldes und die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes — mit höherer Förderung für alleinstehende Elternteile — notwendig.

— Es müssen geeignete wirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit mehr Familien ihren Wunsch nach Kindern verwirklichen können. Dazu bedarf es gezielter materieller Unterstützung, insbesondere für Familien, die drei und mehr Kinder haben wollen. Geeignete Maßnahmen sind die Erhöhung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere Kind, die Erleichterung der Familiengründung durch Darlehen an junge Familien, die Förderung des Erwerbs von Wohnungseigentum für kinderreiche Familien durch familienfreundliche Ausgestaltung des § 7 b EStG sowie die Verpflichtung der Bauträger, ausreichend und wohnungsnah Spielplätze und Gemeinschaftshobbyräume zu bauen.

— Ebenso notwendig sind eine familien- und kinderfreundliche Umwelt, z. B. im Städte- und Wohnungsbau, bei der Verkehrsplanung und durch Freizeitangebote. Auch die Arbeitswelt kann — z. B. durch vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeit **für Eltern** — familienfreundlicher gestaltet werden. Wichtig aber ist vor allem, daß wieder mehr junge Ehepaare Freude an der Aufgabe gewinnen, Kinder zu haben, für sie zu sorgen und sie zu erziehen, und dies als Bereicherung und Erfüllung und nicht nur als Belastung und Anstrengung empfinden.

— Die Tätigkeit der Mutter und Hausfrau im Dienst der Familie darf nicht länger mit materiellen und rentenrechtlichen Nachteilen sowie mit geringerem gesellschaftlichem Ansehen verbunden sein. Wer sich in partnerschaftlichem Einvernehmen in der Familie der Betreuung der Kinder und dem Haushalt widmet, soll weder rechtlich noch gesellschaftlich benachteiligt werden. Um dies sicherzustellen, sollen Erziehungsjahre auf die Altersgrenze angerechnet, die Unfallpflichtversicherung für haushaltführende Ehepartner eingeführt und die Partnerrente verwirklicht werden. Im gesellschaftlichen Bereich ist es vor allem notwendig, das Ansehen der Familie zu stärken und die Erziehungsfunktion der Mutter und Hausfrau aufzuwerten; hier kommt den Medien besondere Verantwortung zu.

Diese Rahmenbedingungen allein reichen jedoch nicht aus. Vielmehr ist es notwendig, die Familie bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und sie vor Verunsicherung und Beeinträchtigung ihrer Erziehungsrechte zu sichern:

— Das Selbstbestimmungsrecht der Eltern in der Erziehung ihrer Kinder muß gültig und wirksam bleiben;

— Das Mitbestimmungsrecht der Eltern in den öffentlichen Bildungseinrichtungen darf nicht eingeeengt, muß aber auch wahrgenommen werden;

— Die Erziehungsfähigkeit der Familie muß durch öffentliche Förderung, durch Vorbereitung auf Familie und Elternschaft schon in der Schule und durch Erziehungs- und Familienberatung — insbesondere durch freie Träger — gestärkt werden;

— Unterricht in der Schule darf nicht im Sinne sozialistischer Bildungsinhalte Entfremdung und Mißtrauen in der Familie anstreben, sondern muß das Vertrauen der Kinder zu ihren Eltern zum Ziel und das Zusammenwirken von Lehrer und Elternhaus zur Grundlage haben.

— Die Reform des Jugendhilferechts muß dem Wohl des Kindes in der Familie dienen, statt die Hauptverantwortung für die Erziehung auf Bürokratien und staatliche Institutionen zu verlagern.

2. Mut zur Erziehung

Reform und Krise des Bildungssystems haben sich parallel entwickelt:

— Viele Lehrpläne wurden derart überzogen wissenschaftlich ausgestaltet, daß sie die Abstraktionsfähigkeit des Kindes überforderten und ihm eine Überfülle an Lernstoff zumuteten, der weit über seine Aufnahmefähigkeit hinausging.

— In weiten Bereichen wurde vor allem die Schule Opfer des sozialistischen Irrglaubens, daß das Ausmaß der Begabung und damit alle Lebenschancen allein von der richtigen Organisation des Bildungswesens abhängig seien.

— SPD-regierte Länder verkehrten die Reform der Bildungsinhalte in den Versuch, Bildung zum Hebel der Gesellschaftsveränderung zu machen, und zerstörten damit die ideelle Gemeinsamkeit zwischen Lehrer und Kindern und zwischen Elternhaus und Schule.

Über diesen Fehlentwicklungen ist die pädagogische Förderung des einzelnen jungen Menschen, durch die seine Persönlichkeit entfaltet und geprägt wird, zu kurz gekommen. Die Chance, seine Zukunft in Verantwortung und Freiheit selbst zu bestimmen, wird ihm damit verstellt. Deshalb mißt die CDU der Forderung, dem Erziehungsauftrag im Bildungswesen wieder Vorrang einzuräumen, zentrale Bedeutung zu:

— Auftrag der Schule ist es, Kinder zu erziehen und zu bilden — ein Auftrag, in dessen Mittelpunkt das Lebensschicksal junger Menschen steht. Durch Erziehung und Bildung müssen daher junge Menschen gefordert und gefördert, nicht aber überfordert werden. Dies bedeutet Rücksichtnahme auf die körperlichen, geisti-

gen und seelischen Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen. Übertriebener Leistungsdruck und Schulstreß laufen allen Bemühungen um eine gesunde Entwicklung des Kindes entgegen. Es dient daher einer kindgerechten Erziehung, wenn Bildungspolitik und Schule durch pädagogische Initiativen von Eltern und Sachverständigen wie etwa die Kommissionen „Anwalt des Kindes“ bei der Erfüllung ihres Auftrages unterstützt werden.

— Kinder und Eltern haben ein Recht auf ein schulisches Angebot, das sie vor den Risiken pädagogisch unabgesicherter oder ideologisch begründeter Experimente schützt. Zufallsprodukte von Koalitionsvereinbarungen wie die Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen und ideologischer Eifer von Systemüberwindern, wie er in hessischen Rahmenrichtlinien zum Ausdruck kam, sind keine geeignete Grundlage für eine Schule, deren Ziel die gesunde Entfaltung und das Wohl des jungen Menschen ist.

— Junge Menschen zu personaler Verantwortung zu erziehen, bedeutet mehr als nur, sie in den erreichten Zivilisationsstand einzuweisen und ihnen Orientierungsmittel für die komplexen Zusammenhänge der Gegenwartsgesellschaft zu vermitteln. Erziehung muß sich an der Würde des Menschen, seiner Freiheit, seinen Begabungen und seinen Fähigkeiten orientieren. Sie muß ihm helfen, sein Leben und seine Beziehung zur Umwelt verantwortlich zu gestalten. Sie muß dazu beitragen, seine schöpferischen Kräfte, seinen Reichtum an Ideen, seine Gestaltungskraft, seinen Sinn für die Schönheit zu erschließen und zu fördern.

— Grundlage jeder Erziehung müssen Werte und Normen sein. Ziel der Erziehung ist weder weltanschauliche Parteilichkeit noch wertneutrale Beliebigkeit. Der Mensch muß lernen, sich und den Mitmenschen in seiner Würde und Freiheit zu erkennen und zu achten, Toleranz zu üben und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat in seinem Wert zu begreifen und zu bejahen: Erziehung hat ein Mindestmaß von Übereinstimmung im Umgang miteinander und im Wertbewußtsein zu vermitteln, wenn Menschen frei und menschlich zusammenleben sollen.

— Es ist unverzichtbar, daß Erziehung auch die religiöse Frage einbezieht. Die Schule hat persönliche Entscheidungen und Bindungen im Verhältnis zu Religion und Ethik zu fördern: Sie kann ihren Erziehungsauftrag nur erfüllen, wenn sie auch die Frage nach dem Sinn des Lebens stellt.

— Erziehung zur Mündigkeit muß die geistige Orientierung vermitteln, die in der Kenntnis der Geschichte wurzelt. Erziehung dagegen, die allein die Gegenwart als Maß von Herkunft und Zukunft nimmt, führt zur Entmündigung.

Für die Entfaltung der Persönlichkeit ist Leistung ein unentbehrlicher Antrieb.

Erziehung hat daher die Aufgabe, Leistungsbereitschaft in sozialer Verantwortung zu wecken:

Leistung ist nicht nur Nachweis von Wissen und Durchsetzungsvermögen. Im Leistungsanspruch müssen auch Einsatzbereitschaft für den Schwächeren, Rücksicht und Achtung für den Mitmenschen, Selbstbeherrschung und Disziplin gefordert werden. Durch ein leistungsorientiertes Bildungsangebot muß dem Schwächeren mehr Förderung gegeben, dem Starken mehr Leistung abverlangt werden. Der junge Mensch muß lernen, daß der Einsatz des Stärkeren die Hilfe für den Schwächeren ermöglicht. Damit wird Leistung zugleich zum Ausdruck von Solidarität.

Die Forderung, den Erziehungsauftrag des Bildungswesens wieder ernst zu nehmen, bedingt auch organisatorische Konsequenzen. Die CDU wird daher

- das Recht der Eltern auf freie Entscheidung innerhalb eines Angebotes unterschiedlicher Bildungsgänge sichern und eine tolerante Gestaltung der Bildungsinhalte gewährleisten;
- dem pädagogischen Auftrag des Lehrers gerecht werden durch eine Bildungspolitik, die erzieherische Verantwortung fördert, und eine Lehrerbildung, die die personale Zuwendung des Lehrers zum Schüler stärkt;
- die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der freien Träger im Bildungswesen wie auch ihre Gleichberechtigung mit öffentlichen Trägern sichern, um so den Wettbewerb im Angebot zu fördern und mehr Freiheit und Vielfalt in unserer Gesellschaft zu verwirklichen.

3. Bildung und Beruf

Bildung und Ausbildung dienen nicht allein der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Sie sind zugleich eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren unserer Arbeitswelt. Ausbildung muß jedem Jugendlichen helfen, einen Beruf zu finden, in dem er seine Fähigkeiten entfalten und sich bewähren kann. Eine bestimmte Ausbildung garantiert aber nicht die Erfüllung aller Erwartungen im Hinblick auf Beruf und Einkommenshöhe. Das Bildungsangebot und die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes müssen daher sinnvoll aufeinander abgestimmt werden, wenn Engpässe und Sackgassen vermieden werden sollen.

Mehr als 7 Millionen Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge drängen bis zur Mitte der achtziger Jahre in Ausbildung und Beruf. Sie haben auch dann Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung, wenn ihrer Nachfrage nach Arbeitsplätzen vorübergehend kein entsprechender Bedarf des Arbeitsmarktes gegenübersteht.

Kein Jugendlicher sollte ohne Ausbildung bleiben, weil unausgebildete Arbeitskräf-

te in Zukunft noch erheblich mehr als bisher von Arbeitslosigkeit bedroht sein werden. In der Lösung der Ausbildungs- und Beschäftigungsprobleme der geburtenstarken Jahrgänge sieht die CDU daher die vordringlichste Aufgabe einer sinnvollen Abstimmung von Bildungswesen und Arbeitsmarkt. Aufgabe des Staates ist es, in seiner Bildungs- und Wirtschaftspolitik entsprechende politische und finanzielle Schwerpunkte zu setzen.

Mit Hilfe der Bildungspolitik muß vor allem ein sachgerechtes, qualifiziertes und ausreichendes Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten gewährleistet werden:

— Wir brauchen ein Angebot an Ausbildungsplätzen in Schulen, Wirtschaft und Hochschulen, das dem gesamten Bedarf der Jugendlichen gerecht wird. Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur sind dabei zu berücksichtigen. Daher müssen alle vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Wo dies nicht ausreicht, ist eine zeitlich befristete Überlastung der Hochschulen und Ausbildungsbetriebe dem Numerus clausus und der Jugendarbeitslosigkeit vorzuziehen. Bildungsangebote für Berufe, die auf Grund der technologischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Bedarfs besondere Nachfrage erwarten lassen, verdienen dabei im Interesse der Jugendlichen und aus wirtschaftlichen Gründen bevorzugt zu werden.

— Eine sachgerechte Ausweitung des Bildungsangebotes setzt im Berufsleben gleichwertige Aufstiegschancen für Absolventen beruflicher Ausbildungsgänge voraus. Notwendig sind der Ausbau der „dualen“ Berufsausbildung in Betrieb und Schule, attraktive Alternativen zum Hochschulstudium und die Entwicklung umfassender Weiterbildungsmöglichkeiten.

— Das Angebot an Studienplätzen ist vor allem dort auszuweiten, wo gute Berufschancen bestehen. In Studiengängen, für die die Nachfrage am Arbeitsmarkt eindeutig zurückgeht, sollte das Ausbildungsangebot zugunsten von Fächern mit besseren Berufschancen gekürzt werden.

— Vordringlich ist die weitere Verbesserung der beruflichen Bildung und ihr verstärkter Ausbau in allen Ausbildungsebenen. Geeignete Mittel dazu sind u. a. die Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der beruflichen Schulen, die bessere Überschaubarkeit der beruflichen Ausbildungsgänge, die schrittweise Einführung einer breiten beruflichen Grundbildung für alle, die Verbesserung der Abstimmung zwischen theoretischer und praktischer Berufsausbildung, der Ausbau überbetrieblicher Einrichtungen als Ergänzung der betrieblichen Ausbildung, der Erlass neuer Ausbildungsordnungen für zukunftsorientierte Berufstätigkeiten und eine stärkere Berücksichtigung der beruflichen Bildung in den einzelnen Förderungsprogrammen von Bund und Ländern. Staatliche Vorschriften, die zu einer Beeinträchtigung und Verringerung des Ausbildungsplatzangebotes führen, müssen überprüft und soweit möglich geändert werden.

— Eine gerechte Beteiligung der Mädchen und Frauen an der beruflichen Erstausbildung und an der weiterführenden Bildung ist durch verbesserte Beratung und durch Einrichtungen zu fördern, die die Frau in der Familie entlasten. Der Gefahr einer zunehmenden strukturellen Frauenarbeitslosigkeit muß durch die Änderung überkommener Maßstäbe für die Unterscheidung zwischen frauen- und männer-spezifischen Aufgaben und Berufen entgegengewirkt werden. Die Zahl und die Qualität der den Mädchen offenstehenden Ausbildungsberufe muß erhöht, eine Änderung in der Berufswahl der Mädchen selbst und im Einstellungsverhalten der Ausbildungsbetriebe muß durchgesetzt werden. Die Bildungs- und Eingliederungsmaßnahmen für arbeits- und ausbildungslose Jugendliche sind unter besonderer Berücksichtigung der Situation weiblicher Jugendlicher zu verstärken.

— Durch eine stärkere Ausrichtung an der beruflichen Praxis muß das Bildungswesen gegenüber Veränderungen in der Arbeitswelt anpassungsfähiger werden. Besondere Bedeutung haben die Vermittlung beruflicher Grundfertigkeiten und der Fähigkeit, sich im Beruf für einen weiteren Aufstieg zu qualifizieren, sowie der Ausbau der Weiterbildung als eigenständiger Bildungsweg, der auch eine spätere berufliche Spezialisierung ermöglicht. Dazu muß insbesondere das vielfältige Angebot an Trägern der Weiterbildung erhalten und gestärkt werden, um dem unterschiedlichen Bedarf an Bildungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen.

— Notwendig sind andererseits berufliche Strukturen, die auf einen leistungsorientierten Wettbewerb bei unterschiedlichen Bildungsabschlüssen angelegt sind. Stellung und Aufstieg im Beruf sollen in erster Linie von der im Arbeitsleben erbrachten Leistung abhängen. Wir treten deshalb auch für eine Reform der Berufs- und Laufbahnstrukturen ein. Um die beruflichen Aussichten der heute und künftig Erwerbstätigen zu verbessern, kommt der Weiterbildung besondere Bedeutung zu.

— Eine dirigistische Abstimmung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt vermindert nicht die Gefahr von Fehlplanungen, nimmt dem einzelnen aber die persönliche Entscheidungsfreiheit. Der einzelne kann nicht erwarten, daß Staat und Gesellschaft alle Risiken seiner Ausbildungs- und Berufswahl tragen. Staat und Gesellschaft haben aber die Aufgabe, alle verfügbaren Hilfen bereitzustellen, um dem einzelnen sachgerechte und zutreffende Maßstäbe für seine Entscheidung zu liefern und die von ihm zu übernehmenden Risiken überschaubar zu machen.

Dies erfordert

- die Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, um den angehenden Facharbeitern, Technikern, Graduierten und Hochschulabsolventen ihre Berufschancen aufzuzeigen;

- den weiteren Ausbau der Ausbildungs- und Berufsberatung, um die individuellen Beratungsmöglichkeiten zu verbessern;
- geeignete Maßnahmen für Arbeitskräfte ohne qualifizierten Abschluß, um ihr hohes Arbeitslosenrisiko abzubauen;
- Berücksichtigung der Bedarfsvorausschätzungen auch bei der Planung des staatlichen Bildungswesens;
- die Förderung von „Schlüsselberufen“, die eine vielseitige berufliche Spezialisierung ermöglichen, und die Ausrichtung der Studiengänge auf eine möglichst breite berufliche Verwendbarkeit.

4. Chancengleichheit für die Stiefkinder der Reformen

Weil für SPD und FDP Bildungsreform und Chancengleichheit in erster Linie die Ausweitung der Abiturienten- und Studentenzahl bedeuteten, blieben Hauptschüler und ausländische Jugendliche, Lernschwache und Behinderte im Schatten der Reformen. Ihre Probleme kennzeichnen die „Neue Soziale Frage“ im Bildungsreich:

— Die Zahl der Schulabgänger mit Hoch- und Fachhochschulreife ist von 50 500 im Jahr 1965 auf 167 400 im Jahr 1974 gestiegen. Es gelang in der gleichen Zeit aber nicht, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß entscheidend zu senken: In beiden Jahren betrug sie rund 135 000!

— Rund 400 000 Jugendliche sind körperlich Behinderte oder Lernbehinderte. Sie zählen zu den ersten, die Opfer des Mangels an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen werden.

— Seit Jahren beweisen die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit: Zwei Drittel aller jugendlichen Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Darüber hinaus prophezeien ihnen wissenschaftliche Gutachten für die Zukunft noch zunehmend schlechtere Arbeitsplatzchancen, da der Bedarf an unausgebildeten Arbeitskräften weiter abnimmt.

Die Antwort der CDU auf diese Entwicklung lautet: Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen. Besondere und vornehmste Pflicht unserer Gesellschaft aber ist es, denen zu helfen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind. Deshalb brauchen wir vor allem in Zeiten knapper Ausbildungs- und Arbeitsplätze ein Bildungsangebot, das auch behinderten und benachteiligten Jugendlichen eine Berufs- und Lebenschance sichert.

Jedem muß die Bildungschance geboten werden, die seinen Anlagen und Entfaltungsmöglichkeiten entspricht. Dies erfordert:

- Die Hauptschule muß ihrer Bedeutung als Schule für die Mehrheit aller Jugendlichen gerecht werden. Sie muß stärker als bisher die unterschiedliche Begabung der Schüler berücksichtigen. Ihr Unterricht muß insbesondere die praktischen und sozialen Fähigkeiten des jungen Menschen fördern und die ihr anvertrauten Schüler zu einer sachgerechten Berufsentscheidung befähigen. Ohne die Jugendlichen verfrüht auf einen Beruf festzulegen, muß sie besser als bisher den unmittelbaren Bezug zur beruflichen Bildung herstellen. Daher soll durch Einführung der Arbeitslehre der Zusammenhang wirtschaftlicher, technischer, beruflicher, sozialer und politischer Fragen für die Jugendlichen verständlich gemacht werden. Hauptschüler, denen die Begabung für Fremdsprachen fehlt, müssen dennoch die Chance zu einem erfolgreichen Schulabschluß erhalten.
- Ausbau und Verbesserung der beruflichen Bildung müssen energisch vorangetrieben werden. Dies erfordert auch die Abkehr von der einseitigen Konzentration staatlicher Bildungsfinanzierung auf Hochschulen und Gymnasien. Die Schaffung von Ausbildungsplätzen muß in den Förderungsprogrammen von Bund und Ländern die gleiche Bedeutung erhalten wie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Berufsschulen dürfen hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Lehrern, Räumen und Sachmitteln gegenüber Gymnasien nicht länger benachteiligt werden.
- Lernbehinderte, körperbehinderte und geistigbehinderte Jugendliche sollen in anerkannten Ausbildungsberufen oder entsprechenden Ausbildungsgängen zu den für sie erreichbaren Abschlüssen geführt werden. Für Schwerstbehinderte, die nicht in die Berufs- und Arbeitswelt eingegliedert werden können, muß ein eigener Behindertenplan entwickelt werden. Soziale Schutzgesetze für Auszubildende und Bestimmungen der beruflichen Bildung dürfen nicht verhindern, daß auch Sonderschüler Ausbildungsplätze finden, bei denen auf ihre besondere Lage Rücksicht genommen wird. Deshalb sind auch besondere staatliche Förderungen für Betriebe vorzusehen, die behinderte Jugendliche ausbilden und ihnen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.
- Verstärkte Förderung ausländischer Jugendlicher in Schule und Berufsausbildung muß vor allem darauf hinzielen, ihnen die sprachlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulabschluß und die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses zu vermitteln. Zugleich müssen die Schwierigkeiten überwunden werden, die sich aus unterschiedlicher Aufenthaltsdauer und andersartigen Ausbildungsvoraussetzungen ihrer Heimatländer ergeben.

5. Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung

Der Übergang aus der Geborgenheit von Elternhaus und Schule in die Verantwortlichkeit des selbständigen Erwachsenen vollzieht sich für den Jugendlichen schrittweise, indem er sich in der eigenständigen Gestaltung seines Lebens bewährt. Die CDU hält es für entscheidend für die ungestörte Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und für die künftige Stabilität unseres demokratischen Staates, daß die jungen Menschen auf diesem Weg durch Vertrauen und durch Ermutigung zu eigener Verantwortung geführt, statt durch Bevormundung und Reglementierung gehemmt werden. Dieser Grundsatz bestimmt die Ziele christlich-demokratischer Jugendpolitik:

— Zur Freiheit junger Menschen gehört die Möglichkeit, sich in Gemeinschaft mit anderen zusammenzufinden.

— Junge Menschen müssen sich sozial und politisch nach ihren Erwartungen und Fähigkeiten engagieren können. Die Bereitschaft zum Dienst am Mitmenschen ist dafür ebenso Antrieb wie der Wunsch nach Selbstverwirklichung. Der Staat soll dieses Engagement fördern, statt durch Ausweitung seiner Zuständigkeiten und Überschätzung seiner Leistungsfähigkeit die Bereitschaft des einzelnen zu solidarischem und verantwortlichem Handeln zu ersticken.

— Ehrenamtlichkeit ist unverzichtbar für ein breites politisches und soziales Engagement. Soziale Dienste bedürfen öffentlicher Anerkennung und Förderung: Die dort erbrachten Leistungen verdienen den gleichen gesellschaftlichen Respekt wie die Leistungen in der Schule oder im Berufsleben.

— Ein wichtiges Feld sozialen und politischen Engagements muß auch in Zukunft die Arbeit in Jugendverbänden bleiben. Sie soll jungen Menschen ein breites eigenverantwortliches Betätigungsfeld eröffnen, das nicht durch Ideologisierung geprägt sein darf. Wo sich Jugendverbände politisch engagieren, müssen sie das im Rahmen offengelegter Zielvorstellungen und Schwerpunkte tun; ihre einseitige Politisierung durch wenige würde die Handlungsfreiheit der Mehrheit ihrer Mitglieder einschränken.

— Besondere Förderung verdient das soziale Engagement junger Menschen in sozialen Diensten, in der Entwicklungshilfe sowie bei der Mitwirkung von einzelnen und Gruppen im Bereich der Hilfen für Behinderte, Umsiedler, alte Menschen, Sucht- und Drogengefährdete und Jugendliche in Strafanstalten. Staat und Gesellschaft müssen für dieses Engagement mehr Raum schaffen.

— Die junge Generation muß die Chance erhalten, durch eigene Erfahrung und Gedankenaustausch mit der jungen Generation der anderen freiheitlichen Demokratien die Freundschaft zu vertiefen, die uns mit diesen Ländern verbindet. Dabei

muß auch der Austausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika wieder einen erstrangigen Stellenwert erhalten. Nur dann wird es gelingen, das Bewußtsein der atlantischen Schicksalsgemeinschaft auch für die nächste Generation zu gewährleisten. Deswegen müssen die Austauschprogramme in beiden Richtungen verstärkt werden — ohne Benachteiligung derjenigen, die davon Gebrauch machen. Nicht nur der Staat, sondern alle Gruppen der Gesellschaft sollten sich darum bemühen, der jungen Generation diese Chance zu öffnen. Persönlicher Erfahrungsaustausch und das Knüpfen persönlicher Beziehungen ist von weitreichender Bedeutung für die Orientierung der jungen Generation.

Auch in Bildung und Ausbildung muß der junge Mensch Gelegenheit erhalten, soziale und politische Verantwortung praktisch einzuüben.

Junge Menschen sind aufgerufen, als Jugendvertreter in den Betrieben und durch ihre Tätigkeit in der Schülermitverwaltung und in den Studentenvertretungen der Hochschulen ihre Interessen zu wahren und auf eine sachgerechte Gestaltung der Belange ihrer Kollegen, Mitschüler und Kommilitonen hinzuwirken.

Um den jungen Menschen zu Freiheit und Verantwortung zu führen, treten wir im Rahmen der staatlichen Jugendpolitik dafür ein:

— Vertrauen ist auch in der Jugendarbeit wichtiger als Kontrolle. Bürokratisierung und Bevormundung ersticken mehr Initiativen als sie zu fördern vermögen. Finanzielle Hilfe soll die Bereitschaft der Jugendlichen zur Eigenbeteiligung voraussetzen, aber nicht überfordern. Um Jugendliche nicht finanziell zu korrumpieren, sollte auch die Förderung politisch wünschenswerter Projekte nie so ausgestaltet sein, daß Aktivitäten allein durch materiellen Anreiz ausgelöst werden.

— Außerschulische Jugendbildung bedarf besonders im Hinblick auf die Ausbildungs- und Berufsprobleme junger Menschen verstärkter Förderung und Sicherung. Wichtige Maßnahmen dafür sind die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur öffentlichen Förderung der außerschulischen Jugendbildung, die Sicherung ihrer personellen und sachlichen Arbeitsvoraussetzungen und die Harmonisierung und Verlässlichkeit der Förderungsplanung von Bund, Ländern und Gemeinden.

— Wir brauchen ein breites und vielfältiges Angebot freier Träger für das politische und soziale Engagement junger Menschen genauso wie für die außerschulische Jugendbildung. Die Hilfen von Staat und Gemeinden müssen in erster Linie darauf angelegt sein, die Eigenständigkeit freier Träger und die Qualität und Pluralität ihres Angebotes zu sichern und auszubauen.